

Die Ameise.

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnements-
preis für Nichtmitglieder 60 Pf.
= 36 Kr. Oesterr. Währ.
Expedition: C. Kothstraße 25.
Alle Postanstalten u. Zeitungs-
Expeditionen nehmen Bestellungen
gegen an.

Redakteur: Hugo Volke,
C. Kothstraße 25.

Insertionsgebühren für die ge-
wöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr.
Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt
12 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Externen unter
Schiffen durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. =
15 Kr. Oesterr. Währ. als Ver-
gütung erhoben.

Nr. 16.

Berlin, den 21. April 1876.

Dritter Jahrgang.

Offizieller Theil des Generalraths.

Da Umstände halber der Generalrath vor nächstem Donnerstag eine Sitzung nicht einberufen kann, in derselben aber nach Lage der Dinge die Einberufung der Generalversammlung aller Wahrscheinlichkeit nach zum nächsten Pfingstfest beschlossen werden wird, so nehme ich heute schon Veranlassung, die Mitglieder resp. Vereinsvorstände auf diese Eventualität mit dem Bemerkten aufmerksam zu machen, daß diejenigen Vereine oder Mitglieder, welche zu dieser Versammlung Anträge zu stellen gedenken, diese schleunigst an den Unterzeichneten einreichen mögen. Für den Fall, daß die schleunige Einberufung beschlossen wird, werden die Vorstände umgehend durch eine kurze Notiz von mir in Kenntniß gesetzt werden.

Mit genossenschaftlichem Gruss

Fr. Weiß, Gen.-Schr.,
Stromstr. 49.

Protokollauszug aus der 41. Sitzung des Generalraths vom 8. April 1876.

Die Sitzung wird durch den Vors. Herrn. Venz I. um 9 1/2 Uhr Ab. eröffnet. Entschuldigt fehlt Hr. Venz II., unentschuldig die Herren Schmidt und Kern. Von den Generalrevisoren ist Hr. Dehler anwesend. Das Protokoll der vorigen Sitz. wird verlesen. Zu demselben nimmt Hr. Voigt das Wort und führt aus, daß sowohl er als auch Hr. Dollmann sich von dem Krankheitszustand des Charlottenburger Mitgliedes, über welches in der vorigen Sitz. höchst ungünstige Mittheilungen gemacht wurden, überzeugen und gefunden haben, daß dieses Mitglied wirklich krank und nicht weniger als ein Simulant sei. Hr. Dollmann sei sogar bei dem betr. Arzt, welcher das Mitglied behandle, gewesen, um Erkundigung über den Zustand des Letzteren einzuziehen, und auch da habe sich herausgestellt, daß die Beschwerde vollständig unbegründet sei. Medicer bedauert, daß diese Angelegenheit öffentlich behandelt worden, da es doch gewiß auf einen Patienten einen ungünstigen Eindruck machen müsse, durch ein öffentliches Blatt solcher unbegründeten Anschuldigungen ausgefetzt gewesen zu sein. Der Sekretär erklärt, daß der Wunsch der Nichtveröffentlichung in der vorigen Sitz. eventuell hätte geäußert werden müssen; da dies aber nicht geschehen, so hätte dieser Punkt der L. D. auch angeführt werden müssen. Uebrigens werde ja nun auch die Erklärung des Herrn. Voigt veröffentlicht, welche diese Beschuldigung durchweg wieder entkräftet. Damit ist diese Angelegenheit erledigt und wird das Protokoll genehmigt.

Vor Eintritt in die L. D. theilt der Schatzmeister mit, daß das Hilfskassengesetz in einer Beilage zu Nr. 17. d. „Gewerksverein“ werde abgedruckt werden, weshalb er anfrage, ob es nicht thunlich sei, den in voriger Sitzung gefassten Beschluß: das Hilfskassengesetz in der „Ameise“ zu veröffentlichen, lieber dahin zu modifizieren, daß man, anstatt dasselbe in der „Ameise“ zu publizieren, lieber ungefähr 600 Beilagen zum „Gewerksverein“ zum Zwecke der Vertheilung an unsere Mitglieder mehr drucken ließe. Diese 600 Beilagen würden uns ca. 10 M. 50 Pf. kosten, während uns unsere „Ameise“ wöchentlich auf 35 M. zu stehen komme. Dadurch bliebe dann aber der Kassens des Organes für andere Artikel offen. Der G. R. erklärt sich mit dieser Modifikation einverstanden und beschließt, die Kosten für diese Beilagen aus dem vorhandenen Organfond zu decken.

I. Punkt der L. D.: Eingegangene Korrespondenzen. Bei Gelegenheit der Einsendung des Abstimmungsresultates vom D. V. Schmidt esfeld wird die Agitation für Thüringen befürwortet und hauptsächlich auf die dortigen Glasfabriken hingewiesen, welche unserer Sache noch fern stehen. Der G. R. nimmt Notiz von diesem Hinweis und wird derselbe f. Z. Berücksichtigung finden. Der D. V. Altenburg spricht den Wunsch aus, in Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse für dieses Jahr eine Gen.-Vers. nicht einzuberufen und lieber das

Mandat des Generalsekretärs*) durch allgemeine Mitgliederabstimmung noch auf ein Jahr zu verlängern; da dies der einstimmige Wunsch des dortigen D. V. ist, so wurde eine Abstimmung über den Ort der diesjährigen Gen.-Vers. auch nicht vorgenommen. Dieses Schreiben steht mit Punkt III. der heutigen L. D. im Einklang und wird deshalb bis dahin zurückgestellt. — Unter eingehender Motivirung giebt der D. V. Frankfurt a. O. bekannt, daß sich dort sämtliche Mittel. für Altwasser als Ort der Gen.-Vers. erklärt haben. Außerdem nimmt der G. R. noch von einigen Schreiben aus Rudolstadt, Schlierbach und Gotha, welche weiter kein öffentliches Interesse haben, Notiz.

II. Punkt der L. D.: Resultat der allgemeinen Mitgl.-Abstimmung. In Bezug auf diesen Punkt verweisen wir auf den offiziellen Theil des Gen.-Raths in Nr. 15 der „Ameise“.

III. Punkt der L. D.: Antrag Althaldensleben. Aus der nunmehr eingeleiteten Debatte über den in voriger Sitzung zurückgestellten Antrag Althaldensleben stellt sich heraus, daß nach den in maßgebenden Kreisen eingezogenen Erkundigungen unseres Anwalts, Hr. Dr. Mar Hirsch, es nicht zulässig ist, Befugnisse, die nach dem Gesetz der Gen.-Vers. zustehen, durch allgemeine Mitgl.-Abstimmung zu erledigen und beziehe sich § 20, Cap 2 des Hilfskassengesetzes, welcher lautet: „Die Generalversammlung kann dritten Personen ihre Befugnisse nicht übertragen,“ auch auf solche allgem. Mitgl.-Abst. Demgegenüber ist der G. R. nun nicht in der Lage, auf den Antrag A. einzugehen zu können und wird beschlossen, über denselben zur nächsten Tag.-Ord. überzugehen. Damit ist auch das Schreiben aus Altenburg erledigt.

IV. Punkt der L. D.: Antrag des Sekretärs, Statutenergänzung betr. Der Sekretär hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Gen.-Rath wolle beschließen, bei der diesjährigen Gen.-Vers. zu beantragen, in dem Schlußsatz des § 48 des Gew.-Ver.-Stat., zwischen den Worten „außerordentlichen“ und „Nothfällen“, noch die Worte: „durch Naturereignisse herbeigeführten“ einzuschalten.“ Antragsteller motivirt den Antrag mit den schon zu wiederholten Malen vorgekommenen Fällen, daß Mitglieder, die durch irgend welche gewöhnliche Veranlassung in Noth gerietten, gleich in dem Wahn befangen wären, sich in einem außerordentlichen Nothfall zu befinden und auf Grund des obengenannten Paragraphen sich als unterstützungsberechtigt ansehen. Dieser Irrthum würde aber jedenfalls beseitigt, wenn man den betr. Paragraphen in der von ihm beantragten Weise ergänze. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

V. Punkt der L. D.: Gewährung von Schreibhülfe. Da gegenwärtig der Sekretär durch die Arbeiten für die Gen.-Vers. zu sehr in Anspruch genommen und es dem Schatzmeister unmöglich ist, die bis jetzt von ihm ziemlich vollendete Kranken- und Begräbniskassenstatistik auch noch in zwei Exemplaren abschreiben zu können, wenn die übrigen Arbeiten nicht zurückbleiben sollen, so beantragt Letzterer, ihm zum zweimaligen Abschreiben genannter Statistik eine Schreibhülfe zu gewähren. Nachdem sich der G. R. von dem Bedürfnis überzeugt, wird der Antrag genehmigt.

VI. Punkt der L. D.: Monatlicher Kassenbericht des Schatzmeisters. Laut Bericht des Schatzmeisters war im Monat März in der Generalrathskasse inkl. Vortrag eine Einnahme von M. 552,50, eine Ausgabe von M. 62,57, mithin ein Vortrag von M. 489,93 zu verzeichnen. In der Kr.- u. Begr.-K. wurde inkl. Vortrag eine Einnahme von M. 170,31, eine Ausgabe von M. 134,08 und ein Vortrag von M. 36,23 erzielt.

Hiermit ist die L. D. erledigt und wird auf mehrfachen Wunsch noch in eine Diskussion über § 21 des Hilfskassengesetzes eingetreten. Da indeß ein Resultat nicht erzielt und auf die auf nächsten Donnerstag einberufene außerordentliche Sitzung des Centralraths und Versammlung sämtlicher Generalräthe, welche die erste Lesung der vom Anwalt ausgearbeiteten Hilfskassen-Musterstatuten bezweckt, hingewiesen wird, so wird beschlossen, diesen Punkt auf die nächste L. D. zu setzen und die nächste Sitzung

*) Warum denn nur das Mandat des Generalsekretärs verlängern, da doch die Mandate sämtlicher G. R. Mitgl. ablaufen? Fr. Weiß.

nach Bedürfnis einzuberufen. Hiermit schließt der Vorsitzende die Sitzung um 12 Uhr.
G. Venz I. Vors. Fr. Weiß, Gen.-Schr.

Die Gewerksvereine und die Politik.

Von J. Dollmann.

(Schluß.)

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen ist es besonders nöthig, auf den schon angedeuteten Obertribunalsbeschuß zu achten und demselben nachzukommen, soll nicht die immer deutlicher hervortretende reaktionäre Strömung ihr Spiel mit den ihr unbequemen Gewerksvereinen treiben. Es ist ja bekannt, wie leicht es dem Oberstaatsanwalt Lessendorf wird, z. B. die Schließung der socialistischen Vereine wegen dieser oder jener Uebertretung des Vereinsgesetzes zu beantragen. Wenn dies bei unseren Vereinen auch nicht so leicht möglich ist, so müssen wir doch die Politik von unsern socialen Bestrebungen nach wie vor vollständig trennen; die Frage betreffs der Aufstellung von Kandidaten, die Entwicklung des Programms, die Diskussion über die verschiedenen politischen Parteien darf in unsern Ortsversammlungen unter keinen Umständen stattfinden, dagegen scheint es mir wohl zulässig, darauf hinzuweisen, ob dieser oder jener Abgeordnete unsere Bestrebungen unterstützt oder ob er sich im Widerspruch mit uns befindet resp. dagegen arbeitet.

Daß unsere Mitglieder sich wegen dieser Obertribunalsbeschlüsse unthätig und träge verhalten sollen, kann selbstverständlich nicht damit gemeint sein, im Gegentheil wäre es ein gutes Zeichen, wenn die Vereinsgenossen ihre Situation begreifen, und in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger und Wähler auch auf diesem Gebiete thätig eintreten würden. Weil wir als Arbeiter und Gewerksvereiner einsehen, daß viele mäßige und berechtigte Forderungen unerfüllt bleiben, müssen wir konsequenter Weise als Staatsbürger das thun, wozu die Gewerksvereine nicht geschaffen sind, nämlich: auf politischem Gebiete ebenfalls unsere Interessen vertreten, und unsern Einfluß in Staat und Gemeinde zur Geltung bringen.

Wir sehen ein, daß die socialdemokratischen Zukunftspläne ein Umding sind, wir wissen, daß dieselben, anstatt durch liberale und ehrliche Mittel, durch Terrorismus und Fanatismus verfolgt werden, wir wissen auch, daß dem Arbeiter dadurch nicht geholfen, daß dadurch vielmehr nur die Reaktion und die damit verbundene Einschränkung der noch vorhandenen Freiheiten heraufbeschworen wird. Deshalb wollen wir, auf dem Boden des Gesetzes stehend, eintreten für Bildung, Recht und Freiheit, und wo wir dies nicht innerhalb des Gewerksvereins vermögen, müssen wir als Politiker Front machen gegen alle auftauchenden Reaktionsgelüste.

Wenn wir in dieser Weise die allgemeinen Arbeiterverhältnisse verfolgen, so wird uns damit noch Keiner beweisen können, daß die Gewerksvereine Politik treiben, denn dazu gehört noch etwas anderes: eine politische Partei kann einen prinzipiellen Gegensatz im eigenen Schooße nicht dulden, sondern es wird vorausgesetzt, und als Bedingung angesehen, daß man in den prinzipiellen, politischen Kardinalfragen einig ist. In den Gewerksvereinen wird kein politisches Glaubensbekenntniß verlangt, es kann jede politische Schattirung darin vorhanden sein, wenn man nur die Vereins- und Arbeiterinteressen verfolgt.

Ist es nun Zufall oder Absicht, daß die Majorität der Gewerksvereiner mit dem Programm der Fortschrittspartei einverstanden ist? Wenn die Vereinsgenossen nebenbei mit den entschiedenen Liberalen, also

auch der Fortschrittspartei sympathisieren, so erscheint dies selbst für den Betheiligten als rein zufällig; in Wirklichkeit ist es aber Thatsache, daß von unsern politischen Parteien keine so oft und entschlossen die berechtigten Interessen der Arbeiter vertritt, als gerade die Fortschrittspartei; es ist Thatsache, daß keine Partei so nachhaltig für Freizügigkeit, Vereins- und Versammlungsrecht, für Bildung und Gleichberechtigung, kurz für die berechtigten Ansprüche der Arbeiter eingetreten ist, als diese. Und endlich können wir mit dieser Partei gehen, weil sie die Selbsthilfe gegenüber der Staatshilfe auch in der sozialen Frage als richtig anerkennt, und dadurch im Prinzip mit uns einig ist.

Man würde sich weniger über die „fortschrittlichen“ Gewerksvereine aufhalten, wenn man wüßte, daß ein sehr großer Theil in politischer Hinsicht schon „fortschrittlich“ war, noch ehe man die Gewerksvereine kannte. Möchte man, ehe man Geschrei darüber erhebt, daß die Gewerksvereine ein Anhängsel der Fortschrittspartei seien, sich nur über die wahren Ursachen informieren, es würde dadurch manche Besorgniß von selbst verschwinden; man würde erkennen, daß wir bei Wahlen u. s. w. eben nicht mehr thun, wie andere denkende Menschen und wozu wir durchaus berechtigt sind.

Wenn es aber wahr ist, daß man die freien Regungen der Arbeiter im Allgemeinen ungern sieht, daß man das Vorwärtstreben durch allerlei Strafbestimmungen, durch die Verkümmern der Rechte unterdrücken zu können glaubt, so beweist man damit nur, daß man die Sache am verkehrten Ende anfaßt.

Ein Wort zum Abstimmungs-Resultat:

Wo halten wir unsere Generalversammlung ab?

Ich kann als Gewerksvereinsmitglied nicht umhin mein lebhaftes Bedauern über das Abstimmungsresultat einer so schwer wiegenden Frage gegenüber auszusprechen. Es ist geradezu traurig zu nennen, daß ganze Ortsvereine eine so wichtige Frage gänzlich ignorirten! Ist auf diese Weise ein Vorwärtsschreiten, ein Aufblühen und Gedeihen in unserer Organisation überhaupt möglich? Was sollen die noch außerhalb unseres Gewerksvereins stehenden Berufsgenossen denken?

Es sind nahezu die Hälfte der Gewerksvereinsmitglieder, welche sich an dieser Abstimmung nicht betheiligten; doch will ich nicht so streng mit den Mitgliedern ins Gericht gehn, aber man sollte und müßte doch annehmen, daß sich wenigstens die Ausschussmitglieder für diese Sache interessirten und die Mitglieder auf die Wichtigkeit dieser Frage aufmerksam machten. Nein, auch diese ließen die Frage ruhig an sich vorübergehen, ohne derselben die erforderliche Beachtung zu schenken; oder ist es nicht jedes Ausschusses Pflicht, die vom Generalkath erlassenen Verordnungen zu beachten? Nach dem erzielten Resultat scheint dies aber nicht der Fall zu sein.

Wie steht es denn nun bei diesen Ortsvereinen mit der Einsetzung von Delegirten? Verhalten sich dieselben dabei auch passiv wie bei der Abstimmung, so wäre es freilich besser, es würde gar keine Generalversammlung tagen, denn wenn bloß von der halben Mitgliedschaft Besche gemacht werden, welche für die ganze maßgebend sein sollen, so wird bald Unfrieden entstehen, welcher dem Gewerksverein wahrlich nicht zum Nutzen gereichen dürfte.

Darum richte ich die dringende Bitte an alle Gewerksvereinsgenossen, daß sich dieselben in Zukunft besser an allen solchen Angelegenheiten betheiligen mögen, denn nur durch ein einheitliches Zusammengehen ist es möglich, unserem Gewerksverein die gebührende Stellung in der heutigen Gesellschaft zu verschaffen.

Mögen meine wohlgemeinten Worte die wünschenswerthe Berücksichtigung finden.

Ein Gewerksvereiner — H.

Socialpolitischer Wochenkalender.

Wien, Donnerstag, 13. April. Der hiesige politische Arbeiterverein „Volkstimme“ ist aufgelöst worden, weil er sich von dem mehr gemäßigten Arbeiterführer Oberwiesner zu dem radikalen Tauschnitz gewandt hat.

London, Freitag, 14. April. In Süd-Worlshire haben nunmehr über 20,000 Kohlengruben-Arbeiter wegen einer angeforderten Lohnherabsetzung von 15 pCt. gestrikt. Die Assoziation der Grubenarbeiter kam überein, sich einen Abzug von 10 pCt. gefallen zu lassen, aber die Grubenbesitzer beharren bei ihrem Entschlusse. Neuerdings ist auch den Arbeitern der Eisensteingruben von Süd-Worlshire eine Lohnherabsetzung von 18 pCt. angefordert worden.

Ein soeben veröffentlichter parlamentarischer Ausweis über die während des Jahres 1875 amtlich gemeldeten Eisenbahnunfälle in Großbritannien und Irland ergab, daß in diesem Jahre auf den britischen Eisenbahnen nicht weniger als 1290 Personen den Tod fanden und 5755 trugen mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davon. Während des Jahres wurden durch ihre eigene Unvorsichtigkeit 116 Passagiere getödtet und 594 verletzt.

Paris, Montag, 17. April. Zum Besten der nach der Weltausstellung in Philadelphia zu entsendenden französischen Arbeiterdeputation, für welche der Gemeinderath von Paris bereits 30,000 Fr. ausgeworfen hat, und in der Kammer ein Kredit von 100,000 Fr. beantragt ist, wurde gestern, als am Osterfest, eine Art von Meeting in dem geräumigen Theatre au Chateau d'Oran veranstaltet. Louis Blanc hielt eine Vorlesung, Victor Hugo eine Rede.

Washington, Dienstag, 18. April. Die Statue des (bekanntlich meuchlings ermordeten) Präsidenten Lincoln wurde am 14. April im Beisein des Präsidenten Grant und anderer Mitglieder der Regierung enthüllt. Die auf 17,000 Dollars sich belaufenden Kosten des Denkmals sind durch eine unter der farbigen Bevölkerung Nordamerikas veranstaltete Subskription aufgebracht.

Dortmund, Dienstag, 18. April. Anfangs der vorigen Woche haben die ganzen Belegschaften der Zeche „Heinrich Gustav“ von der Harpener Bergwerksgesellschaft und der Zeche „Vorussia“ aufgehört zu arbeiten. Auf ersterer Zeche befanden sich etwa 800, auf der letzteren etwa 600 Bergleute. Das Striken der Belegschaft von „Heinrich Gustav“ wurde dadurch herbeigeführt, daß dieselbe sich zum 4. Male einen Lohnabzug und zwar von 10 pCt. gefallen lassen sollte.

— **Mittwoch, 19. April.** Auf der Zeche „Heinrich Gustav“ haben successiv etwa 200 Bergleute die Arbeit wieder aufgenommen, während die übrigen entweder auf benachbarten Zechen Unterkommen gefunden haben oder, wie z. B. viele Hesse, heimwärts gereist sind. Auf der Zeche „Vorussia“ ist die Belegschaft zu jeder Schicht, auch noch am Sonnabend, angefahren, und hat sich zu einer achtschündigen Schicht bereit erklärt, dann aber, als diese nicht acceptirt wurde, die Zeche wieder verlassen. Die Mühe ist an keiner Stelle gestört worden.

Verbandsangelegenheiten.

Protokollauszug der Versammlung des lokalen Reiseunterstützungsverbandes Berlin.

Sonntag, den 9. April 1876.

Die Versammlung wurde um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr Vorm. durch den Vorsitzenden eröffnet, anwesend waren ca. 25 Mitglieder. Zu Punkt I. der Tages-Ord. verliest der Kassirer den Klassenbericht pro I. Quartal 76. Der Einnahme von M. 176,20 stand eine Ausgabe von M. 120,10 gegenüber, mithin bleibt Bestand M. 56,10. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit des Berichts und wird folgedessen dem Kassirer Decharge erteilt. Der bisherige Kassirer Hr. Zintel wird einstimmig wiedergewählt und erhält für seine Mühewaltung 2 $\frac{1}{2}$ % der Einnahme bewilligt.

Betreffs der beschäftigten Kollegen, welche kein Reise-geld zahlen, wird von der Versammlung beschlossen, dieselben aufzufordern, ihren Pflichten nachzukommen event. um Stundung nachzusuchen. Diejenigen, welche bis zum 1. Mai dieser letzten Aufforderung nicht nachkommen, gehen ihrer Rechte verlustig. Ferner wird den ehemals strikenden Kollegen der Schumann'schen Fabrik, welche noch keine Beschäftigung haben, der Beitrag zur Fremdenkasse bis auf Weiteres erlassen, und denjenigen, die noch ungenügend beschäftigt sind, die Stundung bewilligt.

Der Bericht über die Veräußerung der noch vorhandenen gewesenen Strikegelder wird durch Hr. Dehler gegeben. Der Bestand betrug M. 616,20, davon sind für Unterstützungen gezahlt M. 476,95, Klagekosten M. 131,75, allgemeine Ausgaben M. 7,50. Summa: M. 616,20.

Das Dresder-Perional Chodau führt Beschwerde, daß das Dresder-Perional Elbogen die reisenden Kollegen, welche in Folge der Wiederaufnahme des Chodauer Personals dort Reise-geld erheben, zur Rückzahlung der Unterstützung an das Chodauer Perional veranlassen und somit das Resultat der Abstimmung nicht anerkennen. Dieses Verfahren des Elbogener Personals wird von der Versammlung entschieden gemißbilligt und beschlossen, vom 1. Mai ab an reisende Kollegen vom Perional Elbogen bis dahin, wo bezeichnetes Perional das Resultat der Abstimmung anerkennt vom lokalen Reise-geld-Verband Berlin keine Reiseunterstützung zu verabsolgen. Diese Maßnahme wird bei all' denjenigen Personalen, welche in gleicher Weise wie das Elbogener Perional handeln, Anwendung finden. Sämmtliche Personale, welche die Wiederaufnahme des Chodauer

Personals beschlossen haben, werden ersucht, sich der Maßnahme des lokalen Reiseunterstützungs-Verbandes anzuschließen.

Ein Antrag, das Statut des lokalen Reise-geld-Verbandes Berlin in 200 Exempl. anfertigen zu lassen, findet die Zustimmung der Versammlung.

Anlässlich des Verhaltens derjenigen jungen Leute, welche nach Beendigung des Strikes in der Schumann'schen Fabrik ausgemerzt haben, sowie betreffs der Einrichtung des im § 1 des Statuts vorgesehenen Arbeitsnachweises wird der Vorstand beauftragt, der nächsten Versammlung eine Vorlage zu machen. Die zum Lokalverbande gehörenden Personale haben schleunigst die Wahl der Vorstandsmitglieder nach § 17 des Statuts vorzunehmen.

J. W. C. Blechensch, Schriftführer.

6. Königszelt. (Schluß.) Medner erörterte nunmehr das Programm der Deutschen Gewerksvereine, bei jedem einzelnen Punkt desselben nachweisend, in wie weit man dem eigentlichen Ziele schon näher gerückt sei. Insbesondere u. A. darauf hinwies, daß die Gewerksvereine durch Einrichtung von Einigungsämtern die schädlichen Strikes ganz beseitigen wollten, betonte er, daß auch die Socialdemokraten nachgerade erkannten, daß die Arbeitslosen nicht im Stande wären, die Arbeitsbedingungen dauernd zu bessern. Er (Medner) kenne sehr wohl das Widerstreben seitens der meisten Arbeitgeber, mit den Arbeitern gemeinschaftlich die gegenseitigen Interessen zu beraten, die angebliche Gleichberechtigung sei vielfach nur dem Worte nach und es werde noch viele Mühen kosten, ehe sich die Arbeitgeber dazu verständen, in dem Arbeiter nicht den Untergebenen, sondern den Gleichberechtigten zu erblicken. Immerhin dürfe man aber das hohe Ziel nicht aus den Augen lassen und sich durch nichts davon zurückschrecken lassen, die Klassengegenstände zu mindern. Wäre es ja schon heute eine erschreckliche Zahl von Fabrikanten, die es wirklich wohl mit dem Arbeiter meint, und die Zeit werde sicherlich kommen, wo das Verständniß für die Arbeiterfrage in diesen Kreisen mehr und mehr zunehmen wird. Das gemäßigtere Ausstreiten der deutschen Gewerksvereine in jedweder Beziehung gegenüber dem radikalen Vorgehen der Gegner, ihre rechtliche Absicht, die Lage des Arbeiters nach jeder Richtung zu bessern, sei nicht unbemerkt geblieben; die Behörden so wohl wie das große Publikum zöllen vielfach den Gewerksvereinen Anerkennung, die um so höher anzuschlagen, als noch vor nicht langer Zeit unsere Organisation nur Feindtöne gehabt.

Den größten moralischen Sieg hätten die Gewerksvereine bei Verathung des Hülfskassengesetzes erfochten; auch nicht einer der vielen Medner sprach sich abfällig über unsere Organisation aus, alle waren vielmehr für die Gewerksvereine eingetreten. Und daß das Hülfskassengesetz im Stande gekommen, haben die Arbeiter — er wolle kein Hehl daraus machen — einzig und allein dem Anwalt der Deutschen Gewerksvereine, Hr. Dr. Max Hirsch zu verdanken, welcher seit Existenz der Gewerksvereine unablässig und in uneigennützigster Weise die Arbeiterfrage vertheidigt und durch Wort und Schrift die Regierung zur Vorlage des Gesetzes gedrängt. Weit aus die meisten Verbesserungen des Regierungsentwurfs seien sein Werk. Er hebe diese Umstände abschließend hervor, um jene niedrigen Kreaturen, die diesen Mann zu verdächtigen suchten, an den Pranger zu stellen; jene traurigen Geschöpfe in Menschengestalt hätten nur ihren Geldbeutel, nichts weiter, im Auge. Man könne eben nichts Anderes thun, als sie verachten.

Zum Schluß seiner 1 $\frac{1}{2}$ stündigen Rede behandelte Medner die Lohnfrage und wies nach, daß die Arbeitsleistung des Arbeiters wesentlich gefördert werde durch einen vernünftigen Lohn und eine mäßige Arbeitszeit. Darum sei auch jede Lohnreduktion, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, zu mißbilligen, da die Lebensmittelpreise, welche eine Erhöhung der Löhne nothwendig gemacht, noch um keinen Pfennig im Preise gesunken sind. Den Vortrag kurz zusammenfassend, warnte Medner die Anwesenden, den Einflüsterungen der Gegner, die trotz ihrer 13jährigen Agitation noch nichts Praktisches geschaffen hätten, was den Arbeitern zum Wohl gereiche, Gehör zu schenken; die Sicherung der Existenz des Arbeiters hätten die Gewerksvereine auf ihre Fahne geschrieben, und wer Augen habe, zu sehen, der sehe, daß sie auch ihr Programm zu erfüllen verständen. — Langanhaltender Beifall folgte dem Vortrage.

Die Debatte eröffnete der Socialist Kühn aus Langenbielau mit einer Auseinandersetzung über Staat und Gesellschaft; ihm erwiderte Hr. Polke, wobei er mehrmals von den Gegnern unterbrochen wurde, sich aber nicht aus der Fassung bringen ließ. Dann sprach der Socialist Meinders aus Breslau und nach ihm wieder Hr. Polke. Gegen 1 Uhr wurde die Versammlung geschlossen und blieben wir noch lange in gemüthlicher Unterhaltung mit unsern Freunden zusammen. Der Ausschuss.

Moabit, Montag, den 24. d. M. Kombinierte Ortsversammlung, wozu sämtliche Mitglieder der D.-B. Charlottenburg und Berlin eingeladen und zu zahlreichen Erscheinern ersucht werden. T. D.: 1) Ueber Schiedsgerichte. 2) Klassenbericht des I. Quartals 76. 3) Benutzung der Bibliothek. 4) Geschäftliches. 5) Freie Diskussion. W. Danthof, Sectr.